Antrag

an die 189. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol am 23. Mai 2025

Stromnetzentgelte verursachergerecht gestalten – Haushalte entlasten, Infrastruktur zukunftssicher finanzieren

Mit Jänner 2025 sind die Stromnetzentgelte in Österreich laut E-Control im Durchschnitt um 19 %, für Haushalte sogar um 23 % gestiegen. In Tirol fällt der Anstieg zwar mit 7,8 % – und in Innsbruck mit 2,9 % – deutlich geringer aus als im Bundesschnitt, dennoch bedeutet auch das eine spürbare Mehrbelastung für viele Haushalte.

Das derzeitige Modell belastet vor allem Haushalte auf Netzebene 7 – jene, die das Stromnetz am wenigsten beanspruchen, aber pro Kilowattstunde die höchsten Entgelte zahlen. Gleichzeitig tragen Stromerzeuger lediglich 6 % der Netzkosten, während 43 % auf Haushalte entfallen, die nur rund ein Viertel des Stromverbrauchs verursachen. Großabnehmer:innen auf höheren Spannungsebenen werden deutlich geringer belastet.

Im Zuge der Energiewende ist ein massiver Netzausbau nötig, insbesondere durch die Zunahme dezentraler Photovoltaik, Elektromobilität und Wärmepumpen. Diese Investitionen dürfen jedoch nicht einseitig auf Haushalte abgewälzt werden – zumal diese zuletzt bereits stark unter den gestiegenen Strompreisen gelitten haben.

Angesichts der erforderlichen Investitionen in das Stromnetz ist das aktuelle Modell der ausschließlichen Entgeltfinanzierung durch Netznutzer:innen nicht ausreichend, um den Umbau sozial verträglich zu gestalten. Ergänzende Finanzierungsmodelle wie verlängerte Abschreibungen, staatliche Zuschüsse, begünstigtes Mezzaninkapital oder ein Sondervermögen für Investitionen in Infrastruktur – ähnlich wie in Deutschland – müssen ernsthaft geprüft und umgesetzt werden. Auch in Zeiten knapper Budgets sind Investitionen in kritische Infrastruktur alternativlos.

Die 189. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert daher die Bundesregierung sowie den zuständigen Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus auf, folgende Punkte umzusetzen:

- 1. Die Systematik der Stromnetzentgelte verursachergerecht neu zu gestalten mit stärkerer Beteiligung von Energiehändlern, Stromerzeugern und Großverbrauchern.
- 2. Die Belastung der Haushalte auf Netzebene 7 deutlich zu reduzieren.
- 3. Alternative Finanzierungsmodelle für den Netzausbau zu entwickeln etwa durch verlängerte Abschreibungszeiträume, Förderungen, günstige Kreditinstrumente oder mittels Schaffung eines Sondervermögens.
- 4. Maßnahmen zur Begrenzung zukünftiger Kostensteigerungen durch koordinierte Netzplanung und mehr Transparenz bei Investitionen.